

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Grotzstraße Riesa Nr. 52

Nr. 214.

Freitag, 12. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Hemmlicher Rabatt gewährt, wenn der Vertrag veräußert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Der Besatzungsabbau.

Man wird anerkennen müssen, daß bisher für das besetzte Gebiet einige Erleichterungen geschaffen worden sind. Der Bahnmangel ist aufgehoben, die Postkassen sind gefüllt, das widerrechtlich beschlagnahmte Ackerland kann wieder zum Deutschen Reich gezählt werden, ist ohne Schwierigkeiten zu erreichen, die Verbindungen sind wieder normal, der Winterverkehr kommt wieder in altemohnten Gang. Das Leben im Ruhrgebiet beginnt aufs neue zu pulsen. Zahlreiche Betriebe, die sich bis aufs Äußerste eingeschränkt hatten, beginnen wieder lebhafte Produktion. Die überaus große Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet läßt immer mehr nach. Es hat den Anschein, so wird von überall berichtet, als ob man freier atmet und Handel und Wandel, Arbeit und Leben wieder ungehemmt geworden ist. Und doch ist noch nicht alles gewonnen, um dem Ruhrgebiet die alte, in London vereinbarte Freiheit zu geben. Noch ist die französische Besetzung nicht in dem Maße abgebaut, daß sie unsichtbar geworden ist. Die französischen Soldaten sind genau wie früher in den Straßen zu sehen, noch immer müssen die Ruhrbewohner dem alten Befehl folgen und vor französischen Offizieren den Hut ziehen, noch immer verlangt der französische Soldat Anerkennung seiner Autorität. Obwohl täglich Truppen mit militärischem Material, Sonderzüge mit abgehenden Soldaten, mit den übrig verbleibenden Regimentsabteilungen, mit den angeworbenen französischen Aushebungsarbeiten nach Frankreich abgehen, ist das Bild der Besetzung noch nicht wesentlich verändert. Das kommt in der Hauptsache daher, weil die Besetzung sich zu sehr auf lange Frist eingerichtet hat und weil sie so umfangreich gewesen ist, daß ein gründlicher Abbau vorgenommen werden muß, eine langwierige Räumung zu erfolgen hat, die man tatsächlich von einer Räumung des Ruhrgebietes sprechen kann.

Noch ist übrigens einmal nicht eine Hauptbedingung des Londoner Abkommens erfüllt. Wohl sind eine Anzahl von Haftentlassungen erfolgt, sind zahlreiche politische Gefangene wieder heimgekehrt, aber die Amnestie noch nicht in der Weise durchgeführt, wie es vorgesehen war. So ist es Aufgabe und Pflicht der deutschen Regierung gewesen, beim Lausitz-Bertrag zu protestieren gegen die Verhinderung der Amnestie. Nicht mit einem Schlag, wie es zunächst von französischer Seite angekündigt wurde, wie man es auch in London vereinbart hatte, hat man die Gefangenen aus dem Kerker entlassen, sondern einzeln, gewissermaßen unter genauer Prüfung der einzelnen Verhältnisse werden die Gefangenen in die Freiheit gesetzt. Das muß selbstverständlich bei der Ruhrbevölkerung große Empörung hervorgerufen und bei ihr den Anstoß erwecken, als ob die Franzosen nicht die Absicht hätten, bereitwillig den Abmachungen von London zu entsprechen. Auch die Rückkehr der Ausgewiesenen wird von mancherlei Hemmungen begleitet. Wenn auch bereits gestattet ist, daß alle Ausgewiesenen zurückkehren dürfen bis auf einzelne, die besonders genannt worden sind, so überrascht es dennoch, daß immer neue Verfügungen entweder französischer Behörden oder der internationalen Abfindungskommission ergehen, die nur einer bestimmten Anzahl, zum Beispiel Beamten, die Einreise gestattet. So ist von den vielen Beamten, die die Regiestellen aufgeben mußten, die abgehenden worden sind oder sich in Sicherheit brachten, um nicht verhaftet zu werden, nur einer Zahl von 500 bisher die Rückkehr erlaubt. Wenn französischerseits auch versichert wird, man müsse in dieser Angelegenheit langsam vorgehen, so widerspricht das doch nach unserem Empfinden den Londoner Vereinbarungen, die ganz anders lauten. In Berliner maßgebenden Kreisen hört man, die Absichten Herrits seien ehrlieh gewesen, er sei aber machtlos gegen die Willkür der französischen amtlichen Stellen, die sich das Recht anmaßen, Befehle von Paris nach ihrem Willen auszulassen und bis zuletzt den Deutschen ihre Macht zu zeigen. Wie wir unterrichtet sind, bemüht sich die Berliner Regierung dauernd, mit sanftem Druck in Paris durch die Verhandlungen mit den in Frage kommenden Besatzungsbehörden die Londoner Vereinbarungen durchzuführen. Und es kann gesagt werden, daß sie auf keinen Widerstand stößt, freilich immer wieder hören muß, daß technische Gründe sie verpflichten, gründliche und überlegte Arbeit zu leisten. Bis eine Räumung des Ruhrgebietes in dem erwünschten Maße erfolgt, wird tatsächlich eine lange Zeit vergehen. Bis die Aufhebung aller überflüssigen Bestimmungen zur Tatsache geworden ist, wird der Winter heran kommen. Man muß jedenfalls aus den Erfahrungen, die diese Erscheinung bringt, den berechtigten Schluss ziehen, daß die letzte Räumung des Ruhrgebietes, das heißt, der Abzug aller Besatzungstruppen nicht vor einem Jahre erfolgen wird und die von Herrits mit allen Mitteln verfolgte Jahresfrist einzuhalten das Bestreben der militärischen französischen Kreise sein dürfte.

Wenn Außenminister Dr. Stresemann im Reichstage der Hoffnung Ausdruck gab, es sei wahrscheinlich, daß der letzte französische Soldat bereits lange vor Abschluß eines Jahres das Ruhrgebiet verlassen habe, so lehrt uns der Vorgang, den wir jetzt im Ruhrgebiet beobachten müssen, daß diese Hoffnungen des Außenministers zu großen Optimismus besitzen und nur dann eine Berechtigung erhalten werden, wenn vielleicht nach geraumer Zeit ein sanfter Druck von England aus oder von Seiten der Geldgeber Frankreich veranlaßt, etwas schneller die kampfspielige Restbesetzung zu befeitigen.

## Die deutschen Flottenübungen.

Von Korvettenkapitän Sadow.

Die vereinigten Seestreitkräfte begannen in der letzten Augustwoche eine Reihe von Übungen, die mit einem mehrtägigen zusammenhängenden Manöver am 9. September einbluten. Im Anfang vom Wetter begünstigt, wurden die Übungen am 2. und 3. September durch stürmischen Nordostwind erschwert, der Schiffe und Besatzungen gehörig auf die Probe stellte. Nicht ohne Bedenken kann das schon stark überalterte Material unserer Reichsmarine vollen Ansprüchen dieser Art ausgesetzt werden, sind doch die meisten Schiffe und Fahrzeuge selbst über die im Verfallenen Vertrag festgesetzte Altersgrenze bereits hinaus. Es ist daher sehr zu hoffen, daß in absehbarer Zeit mit der Erneuerung des Schiffsmaterials begonnen wird, damit die nicht großen militärischen Mittel, die uns zur Verteidigung belassen sind, nicht noch weitere Entwertung erleiden. In Schiffe nahmen teil: Linienfahrzeuge „Braunschweig“, „Dannover“, „Elisabeth“, „Kreuzer „Domburg“, „Amazone“, „Tetis“, „Neubau“, „Berlin“; 22 Torpedoboote; Vermessungsschiff „Bantzer“ sowie mehrere kleinere Fahrzeuge; alles in allem das größte Aufgebot seit dem Kriegsende.

Die Übungen fanden im Zeichen des Kommandowechsels in den höheren Stellen. Der Chef der Marineleitung, Admiral Behndt, im Range flottenretirender Admiralschiffes in Berlin, danach Geschwaderchef unter See bei Skagerrak und zuletzt Leiter der freigewählten Unternehmung gegen Ost, tritt in diesem Monat von seiner Dienststellung zurück und in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Vizeadmiral Jenker, bisher Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte, der seinerseits durch Vizeadmiral Rommelt ersetzt wird. Weitere Veränderungen, Beförderungen und Verabschiedungen begleiten diesen wichtigen Wechsel.

Der Reichswehrminister Dr. Weiser und Admiral Behndt trafen am Sonnabend, den 6. ds. Mts. in Smirna ein, beide mit dem zukünftigen Salut empfangen. Sie setzten ihre Flage auf „Berlin“ dem „Dannover“. Nach Abschluß des Manövers paradierten die Seestreitkräfte vor dem Minister und ihrem Scheidenden, allemehr sehr verehrten Chef, der sich am nächsten Abend im Rameradenkreise von der Flotte verabschiedete. Mit den genannten Übungen, die über weitere Strecken der Ostsee führten und in denen die Ausbildungsarbeit ihre Endprüfung erfährt, schließt das militärische Jahr. Mit dem Herbstkreiswechsel des Personals beginnen die neuen Aufgaben, es folgt die Indienststellung eines weiteren Linienfahrers, „Gessen“, womit die vorläufig erreichbare Höchststärke der Indienststellungen erreicht wird.

## Young über

### die deutschen Reparationszahlungen.

• Berlin. Der Generalagent für die Reparationszahlungen Owen Young erklärte gestern anlässlich der Zahlung der zweiten deutschen Reparationsrate von 20 Millionen Goldmark amerikanischen Pressevertretern, daß Deutschland wahrscheinlich in diesem Monat keine weiteren Zahlungen zu leisten habe. Bekanntlich ist nach dem Londoner Abkommen im September eine Gesamtsumme von 83 Millionen Goldmark aufzubringen. Da jetzt gleichzeitig die französisch-belgischen Regierabgaben begonnen haben, so dürfte wahrscheinlich der Rest von den 83 Millionen durch diese Zahlungen noch im Laufe dieses Monats aufgebraucht werden. Ueber die Höhe der erst heute erfolgten französisch-belgischen Regierabgabe konnte Herr Young noch keine bestimmten Mitteilungen machen. Die Gelder wurden jedoch bei den von Herrn Young bezeichneten Banken eingezahlt. Herr Young hat dem Vorstande der französisch-belgischen Eisenbahnregie telegraphiert, daß die gesammelten französisch- und belgischen Gelder in Franken hier deponiert werden sollen. Deutsches Geld soll ebenfalls in Reichsmark eingezahlt werden, aber andere Sorten sollen in Reichsmark umgewechselt werden. Bekanntlich dienen sämtliche Zahlungen innerhalb Deutschlands und werden für die Sachleistungen verwendet. Zwischen den Alliierten und Deutschland bestehen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Frage, ob alle Eingänge für September auf Reparationskonto gutgeschrieben werden sollen, oder nur die Eingänge, die im Laufe des September gezahlt wurden. Young drückte große Genugtuung über seine Beamten hier aus und sagte: Ich habe keinen Beamten hier gefunden, der irgendwelche Obstruktion treibt, jeder Beamte hat den ehrliehen Wunsch, mir bei den Zahlungen behilflich zu sein. Gewiß vertritt an einigen Stellen noch etwas Bürokratie. Herr Young ist augenblicklich damit beschäftigt, die deutsche Sprache zu lernen, doch findet er diese außerordentlich schwierig.

## Deutschland und die französische Abrechnung im Ruhrgebiet.

• Berlin. Die Aufstellung, die von der französischen Regierung über ihre Einnahmen im besetzten Gebiet veröffentlicht wurde, wird von deutscher Seite für lächerlich gering gehalten. Selbst wenn man die Einnahmen zugrunde legt, daß die veröffentlichten Zahlen nur die Reineinnahmen darstellen. Nach Abzug aller Verwaltungs- und sonstigen Unkosten müssen die gesamten Biffern weit unter den tatsächlichen Einnahmen liegen. Insbesondere die 197 Millionen Franken, die als die Einnahme der Regaleisenbahn angenommen werden, können die tatsächlichen Einnahmegrößen bei weitem nicht erreichen. Die Reichsregierung ist nun zur Zeit noch nicht in der Lage, die Unterlagen dieser Aufstellung im einzelnen zu kontrollieren,

weil der Verwaltungsapparat im besetzten Gebiet in einem solchen Maße leistungsunfähig geworden ist, daß eine schnelle Kontrolle sich als unmöglich herausgestellt hat. Es sind jedoch sofort die nötigen Anordnungen getroffen worden, um deutscherseits eine Gegenrechnung anzufertigen, die im Verlaufe von einigen Wochen voraussichtlich beendet sein wird. Die Reichsregierung wird alsdann in einer der Kommissionen, die zur Zeit in Koblenz über die Abwicklung der französischen Verwaltung beraten, die Gegenrechnung überreichen und darauf bestehen, daß auch französischerseits eine genaue Nachprüfung erfolgt und daß die tatsächlichen Einnahmegrößen der endgültigen Abrechnung und der Ueberweisung auf Reparationskonto zugrunde gelegt werden.

## Die Genfer Kommissionsberatungen über die Schiedsgerichtsfrage.

• Genf. Die Gerichtskommission des Völkerbundes befaßte sich auch am Donnerstag nachmittag mit der von Macdonald und Herrits eingebrachten Resolution über die Schlichtung von Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht. Die Debatte drehte sich um eine neue Fassung des Artikels 36 Absatz 2 der Satzung des Internationalen Gerichtshofes, der sich mit dem Schiedsgericht befaßt. Eine Reihe von Juristen von internationalem Ruf gaben Anregungen und Richtlinien für die Weiterbehandlung der Frage in einer Unterkommission. Der Brasilianer Freuden, der Belgier Holies, der Holländer Limburg und der Schwede Linden stimmten zu, während der Engländer Durs und der Franzose Loucheur nochmals den Standpunkt ihrer Regierungen vertraten. Unter anderem wurde geltend gemacht, daß jede Veränderung der Satzungen des Internationalen Gerichtshofes auf große Schwierigkeiten stoßen würde, da ein Teil der Völkerbundsmitglieder sie bereits angenommen hätten. Loucheur unterließ erneut den schon wiederholt dargelegten Standpunkt Frankreichs, das von einem Schiedsgericht ohne Garantievertrag nicht abgehen will. Er geht auf eine Fülle des § 15 des Vattes ein, der besagt, daß Streitigkeiten, falls sie nicht einem Schiedsgericht unterbreitet werden, vor den Völkerbundsrat kommen müssen, der seine Beschlüsse einstimmig zu fassen habe. Ein einzelnes Mitglied könne daher jedes Urteil sabotieren. Frankreich hält weiter an der Alternative des Artikels 12 des Vattes fest, daß Streitigkeiten entweder vor das Schiedsgericht oder vor den Völkerbundsrat gebracht werden müssen.

Nach längerer Debatte wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

## Die kritische Lage der Ruhrzwecken.

• Berlin. Von den Stillelegungen im südlichen Ruhrgebiet der Ruhr werden insgesamt 23 Bezirke betroffen. Unter den ganz oder teilweise zur Stilllegung angemeldeter Bezirke befinden sich solche mit 1000 bis 1700 Mann Belegschaftskräfte. Nur ein geringer Prozentsatz der arbeitslos gewordenen Bergarbeiter kann auf den ausgrenzenden Bezirken untergebracht werden. Der überwiegende Teil der abgelegten Belegschaften wird den Bergbau verlassen müssen.

## Dr. Rütz zur Aufwertungsfrage.

• Dresden. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Bürgermeister Dr. Rütz hat sich in einem der sachlichen Regierung erhaltenden Gutachten über die Frage der Aufwertung der Gemeindeanleihen auf den Standpunkt gestellt, daß zurzeit eine grundsätzliche und endgültige Regelung der öffentlichen Gemeindeanleihen nicht getroffen werden könne. Die Gemeinden müßten heute noch dringende Aufgaben zurückstellen, weil sie keine Kredite erhielten. Ein Aufwertungsmaß von 5 Prozent sei das Höchstmaß dessen, was beim Rückkauf kommunaler Anleihen als verantwortlicher Aufwertungsmaß angenommen werden könnte. Dr. Rütz bekämpft die Forderungen, daß diejenigen öffentlichen Anleihen eine besondere Aufwertung erfahren sollen, die für sogenannte verbundene Betriebe verwendet worden sind. Die Auffassung des sachlichen Gemeindeganges geht dahin, daß im Interesse des Reiches, der Länder und Gemeinden am besten die ganze Aufwertungsfrage im gegenwärtigen Augenblick überhaupt nicht angerührt werde.

## Metallarbeiter-Ausstand in Wien.

• Wien. Die Bemühungen, im Lohnkonflikt in der Metallindustrie baldmöglichst zu einer Verständigung zu gelangen, haben gestern zu einer Aussprache zwischen dem Präsidium des Industriellenverbandes und den Gewerkschaftsführern geführt, doch wurden die heute nachmittag angefangenen Verhandlungen angesichts der bestehenden Schwierigkeiten wieder vertagt. Der gestern planmäßig in Ruhe begonnene Ausstand der Metallarbeiter erstreckt sich bisher nur auf den Wiener Bezirk, nicht auf die Provinz. Auch die Wiener lebenswichtigen Betriebe sind nicht betroffen, obwohl die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke eine Solidaritätserklärung abgegeben hatten. Den Gerichten über einen unmittelbar bevorstehenden Generalstreik wird, wie die Blätter melden, aus den Kreisen des Metallarbeiterverbandes selbst als unbegründet, und wegen des ungünstigen Eindrucks im Auslande gefährlich, entgegengetreten.

Der erste Streiktag ist in völliger Ruhe verlaufen. Vom Streik ausgenommen sind die Betriebe, die für Sanitätsanstalten arbeiten; ferner haben auf Weisung der Streikleitung die Metallarbeiter in der gemeinwirtschaftlichen Seidlung, in Gemeinde- und staatlichen Betrieben bei der Arbeit zu verbleiben. Im ganzen sind rund 90 000 Arbeiter ausständig, davon 80 000 in Wien.